

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum

13. Plenartagung der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum vom 12. bis 13. Mai 2017 in Rom (Italien)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Teilnehmer.....	1
II Ablauf der Tagung.....	1
III Sitzungen der Fachausschüsse.....	2
IV Plenarsitzung.....	3
V Empfehlungen und Ergebnisse.....	4
VI Anlagen.....	5

I. Teilnehmer

Die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) war auf der Plenartagung in Rom durch die Abgeordneten **Roderich Kiesewetter** (CDU/CSU), Leiter der Delegation, und **Heinz-Joachim Barchmann** (SPD), stellv. Leiter der Delegation, vertreten.

II. Ablauf der Tagung

Am 12. Mai 2017 tagten die Fachausschüsse. Am 13. Mai folgte die Plenarsitzung unter Vorsitz der Präsidentin des italienischen Abgeordnetenhauses, **Laura Boldrini**, und des Präsidenten des italienischen Senats, **Pietro Grasso**. Die Versammlung widmete sich dem Thema „Nachhaltige Entwicklung und neue Berufschancen im Mittelmeerraum: Med4jobs und die Agenda 2030“ und fand teilweise gleichzeitig zum 4. Gipfel der Parlamentspräsidenten der PV-UfM in Rom statt. Die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten widmeten sich ebenfalls den Themen Beschäftigung, Wachstum und nachhaltige Entwicklung und verabschiedeten am Ende eine gemeinsame Erklärung. Der Deutsche Bundestag war bei dem Gipfeltreffen nicht vertreten.

III. Sitzungen der Fachausschüsse

Die fünf Fachausschüsse debattierten in ihren Sitzungen je einen Empfehlungsentwurf aus ihrem Blickwinkel.

Der **Ausschuss für politische Angelegenheiten, Sicherheit und Menschenrechte**, der vom italienischen Abgeordneten **Renato Soru** geleitet wurde, verabschiedete eine Empfehlung zum Thema „Wie sieht die Zukunft der Union für den Mittelmeerraum aus? Politischer Dialog, neue Prioritäten und die Umsetzung geplanter Projekte“. Als wichtiges Projekt wird in der Empfehlung der geplante Bau einer Entsalzungsanlage im Gaza-Streifen erwähnt, die für die Wasserversorgung der Bevölkerung dringend nötig sei. Nach dem Willen der Abgeordneten soll sich die Union für den Mittelmeerraum (UfM) für die rasche Umsetzung des Projekts einsetzen. In der Empfehlung wird zudem die Notwendigkeit formuliert, ein permanentes Sekretariat für die PV-UfM einzurichten, um die Zusammenarbeit mit der UfM verbessern zu können.

Im Ausschuss für **Wirtschafts- und Finanzfragen, finanzielle Angelegenheiten, Soziales und Bildung** wurden ausschließlich die Änderungsanträge zum Empfehlungsentwurf besprochen. Eine Diskussion entspann sich etwa um die Frage, wie die Formulierung „echte Flüchtlinge“ („genuine refugees“) in einem Änderungsantrag der ungarischen Delegation zu verstehen sei, die letztlich aus der Empfehlung „Innovation und Hochschulbildung in der euromediterranen Region – Schaffung von Arbeitsplätzen – Politik und gemeinsame Projekte in den Ländern der PV-UfM“ gestrichen wurde.

In der Sitzung des **Ausschusses für die Verbesserung der Lebensqualität, den Austausch mit der Zivilgesellschaft und Kultur** ging es vor allem um den Empfehlungsentwurf zum Thema „Bekämpfung des Radikalismus und Förderung des interreligiösen Dialogs und der wirtschaftlichen Entwicklung als Instrumente für einen neuen Europa-Mittelmeer-Pakt“. Der Vize-Vorsitzende des Ausschusses, **Khalid Chaouki**, erklärte, dass die Bekämpfung von Radikalisierung ein zentrales Problem sei, mit dem alle Mittelmeeranrainer konfrontiert seien. Radikalisierung gebe es in den Vororten von Casablanca ebenso wie in den Vororten von Brüssel. Deshalb solle man das Problem gemeinsam angehen. Themen wie die zum Teil dramatischen Lebensunterschiede südlich und nördlich des Mittelmeers sowie die Frage von Flucht und Migration müssten höchste Priorität haben. Blieben die damit verbundenen Fragen unbeantwortet, seien sie ein mögliches Einfallstor für Hass, Radikalisierung und in letzter Konsequenz auch Terrorismus.

Der **Ausschuss für die Rechte der Frauen in den Ländern des Mittelmeerraumes** befasste sich mit dem Thema „Die Partizipation von Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen: Herausforderungen und Chancen“. Zu dem gleichlautenden Empfehlungsentwurf hatte Abg. **Kiesewetter** einen Änderungsantrag eingereicht, der für gleiche Chancen für Frauen und Männer mit Blick auf Bildung, Arbeit und politische Repräsentation forderte und gleichzeitig für religiöse Toleranz warb. Die Änderung wurde in den Antrag aufgenommen. Bei der Diskussion über einen weiteren Paragraphen, der empfahl, „alle Formen von Einschränkungen gegenüber Parlamentarierinnen in den besetzten Gebieten aufzuheben, d. h. ihre strafrechtliche Verfolgung und Verhaftung, und ihnen die Durchführung ihrer politischen Aktivitäten zu ermöglichen“, unterstützte Abg. Kiesewetter das Ansinnen der luxemburgischen und der marokkanischen Delegationen. Diese hatten vorgeschlagen, den Passus „in den besetzten Gebieten“ zu streichen. Der Änderungsantrag wurde nach hitziger Diskussion zwischen einer luxemburgischen Abgeordneten und einem Vertreter der Palästinenser angenommen.

Diese Forderung wurde auch in der Sitzung des **Ausschusses für Energie, Umwelt und Wasser** diskutiert. Es bestand Einigkeit darüber, dass die Einrichtung eines permanenten Sekretariats die Arbeit der PV-UfM im Allgemeinen verbessern und auch die Arbeit der einzelnen Ausschüsse erleichtern würde. Der Ausschuss verabschiedete ebenfalls eine Empfehlung. Unter dem Titel „Die Auswirkungen der Aufnahme von Flüchtlingen auf Wasser, Energie und Infrastruktur in den Aufnahmeländern und die Verschmutzung im Mittelmeer“ sieht die Empfehlung vor, dass sich die Mitgliedstaaten der PV-UfM darum bemühen, Gesetze zu verabschieden, die dazu beitragen, die Verschmutzung des Mittelmeers, insbesondere durch Plastikmüll, zu verringern. Dies war auch Thema der Präsentation von **Ferdinando Boero**, Professor für Zoologie an der Universität Salento. Er wies darauf hin, dass neben der Überfischung Plastik im Meer einer der Hauptstressfaktoren für das Ökosystem Mittelmeer sei. Insbesondere Mikroplastik töte nicht nur Fische, es gelange über sie auch in die Nahrungsmittelkette und gefährde die Gesundheit von Menschen.

IV. Plenarsitzung

Die Plenarsitzung fand am 13. Mai 2017 statt und wurde von der Präsidentin des italienischen Abgeordnetenhauses, **Laura Boldrini**, und dem Präsidenten des italienischen Senats, **Pietro Grasso**, eröffnet. Beide betonten die Herausforderung für den gesamten Mittelmeerraum, die mit den Menschen, die über das Mittelmeer nach Europa fliehen, verbunden sei. Dieser Herausforderung könne nicht nationalstaatlich begegnet werden. Eine nachhaltige Lösung könne nur durch eine Zusammenarbeit der gesamten Region erreicht werden. Wenn die Bedingungen in den Herkunftsländern sich verbesserten, müssten die Menschen nicht mehr fliehen. Es sei deshalb Aufgabe der Mittelmeeranrainer, daran mitzuwirken, dass etwa die Voraussetzungen für Arbeitsplätze und gute Bildungschancen geschaffen würden. Gleichzeitig müsse die Entwicklung in den Ländern immer Hand in Hand gehen mit dem Schutz der Menschenrechte und der Einhaltung demokratischer Standards. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssten glaubwürdig verteidigt werden und die Länder der PV-UfM der Würde der Menschen verpflichtet sein. Egal welchen Herausforderungen sich die Region gegenübersehe, diese Standards dürften nicht in Frage gestellt werden. Dafür einzutreten sei eine wichtige Aufgabe der Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Auch die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, **Federica Mogherini**, sagte, dass den nationalen Parlamenten eine wichtige Rolle zukomme, wenn es darum gehe, die Schwierigkeiten im Mittelmeerraum zu bewältigen. Sie hoffe auf eine engere Zusammenarbeit der Union für den Mittelmeerraum (UfM) mit der PV-UfM. Alle gemeinsam seien gefordert, weil die Menschen rund um das Mittelmeer mit ähnlichen Problemen konfrontiert seien. Als Beispiele nannte sie die hohe Jugendarbeitslosigkeit, den schrumpfenden Raum für zivilgesellschaftliche Akteure und die Benachteiligung von Frauen. Wandel und Erneuerung seien nicht wie gehofft eingetreten. Daraus resultiere Unzufriedenheit und Enttäuschung, die auch in Radikalisierung münden könnten. Die UfM habe deshalb die Förderung der Jugend zu einer ihrer Prioritäten gemacht. Auf diesem Gebiet könne man sich kein Scheitern leisten – nicht im Süden und nicht im Norden des Mittelmeeres. Zum Thema Flüchtlinge und Migration im Mittelmeerraum sagte Mogherini, dass die Region von einer Migration, die geregelt ablaufe, profitieren könne.

Der frühere Minister für Arbeit und Soziales in der italienischen Regierung, **Enrico Giovannini**, der heute als Professor an der Universität Tor Vergata in Rom lehrt und Sprecher der italienischen Allianz für nachhaltige Entwicklung ist, sprach über die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und ihre Bedeutung für die Mittelmeerregion. Um den darin beschriebenen Zielen gerecht zu werden, müssten die Länder vor allem lernen, dass Kompetenzen, etwa mit Blick auf den Zuschnitt von Ministerien, neu verteilt werden müssten. Viele Themen seien Querschnittsthemen, die aber noch nicht so behandelt würden. Die Logik der Komplexität, die die Agenda 2030 mit sich bringe, sei noch nicht vollständig akzeptiert. Allerdings bedingten sich die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele gegenseitig, sodass etwa bei Gesetzgebungsverfahren auch alle 17 Ziele als Maßstab angelegt werden müssten. Er empfahl den Parlamentariern, entsprechende Gremien einzusetzen, die dies leisten könnten.

Der Generalsekretär der UfM, **Fathallah Sijilmassi**, berichtete über die Aktivitäten der UfM und das im letzten Jahr Erreichte. Im Januar sei die Roadmap der UfM verabschiedet worden. Darin seien die Ziele, die die UfM erreichen wolle, festgeschrieben. Betont werde darin auch, dass keine Entwicklung ohne Sicherheit möglich sei, und Entwicklung wiederum die Voraussetzung für Stabilität, Wirtschaftswachstum und demokratische Entwicklungen sei. Mit Blick auf seinen Vorredner sagte er, dass der UfM die Anbindung an die Agenda 2030 sehr wichtig sei und sich die UfM etwa bei den Klimagipfeln, wie zuletzt in Marokko, engagiere. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der PV-UfM wies er auf den guten Informationsaustausch hin. Allerdings solle die Zusammenarbeit noch intensiviert werden. Er glaube, dass der Beschluss, ein permanentes Sekretariat für die PV-UfM einzurichten, ein wichtiger Baustein dafür sei.

Der Sprecher des ägyptischen Parlaments, **Ahmed Ali Abdel Aal**, übernahm zum Abschluss der 13. Jahrestagung den Vorsitz der Versammlung für das kommende Jahr.

V. Empfehlungen und Ergebnisse

Die konsolidierten Empfehlungsentwürfe aus den fünf Fachausschüssen der Versammlung wurden von den Vorsitzenden der Ausschüsse vorgestellt und ohne weitere Änderungen vom Plenum der Versammlung verabschiedet. Der Empfehlungsentwurf des politischen Ausschusses wurde mit einem Vorbehalt Ägyptens verabschiedet.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der parlamentarischen Versammlung zählt, dass eine Änderung der Geschäftsordnung beschlossen wurde, die die Einrichtung eines permanenten Sekretariats vorsieht, in dem ein Haushaltsprüfer arbeiten soll. Weiter spezifiziert wurde die Änderung, etwa hinsichtlich der Finanzierung des Sekretariats bzw. des Haushaltsprüfers, nicht. Der Beschluss beschreibt lediglich das Ziel, dass Mitarbeiter aus den Mitgliedsparlamenten entsandt werden können. Über die Zusammensetzung und den Sitz des Sekretariats soll das Präsidium unter ägyptischem Vorsitz spätestens bis zum 1. Januar 2018 entscheiden. Die deutsche Delegation hatte einen Änderungsantrag eingebracht, der die Einrichtung eines permanenten Sekretariats verhindern wollte, auch vor dem Hintergrund, dass ein Beschluss des Ältestenrates festlegt, dass der Mitgliedsbeitrag des Bundestages für die PV-UfM nicht zur Finanzierung von Personal verwendet werden darf.

Eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Änderung der Geschäftsordnung befasst hatte, hatte im Vorfeld der Jahrestagung auch einen neuen Finanzierungsmechanismus vorgeschlagen, der letztlich aber keine Mehrheit fand; es wurde keine Änderung der Finanzierung beschlossen. Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe, die italienische EP-Abgeordnete Tiziana Beghin, formulierte in der Plenardebatte die Absicht, dass Sanktionen für den Fall beschlossen werden sollen, dass Mitgliedsparlamente ihre Beiträge nicht zahlen (Ausweislich des Finanzberichts von 2016 haben nur 29 Mitgliedsparlamente von 41 ihre Beiträge bezahlt.). Wann der Beschluss zu den Sanktionen gefasst werden soll, sagte sie nicht. Plädiert wurde in der Debatte über die Finanzierung auch dafür, den derzeit gesperrten Haushalt zu entsperren.

Berlin, den 2. August 2017

Roderich Kiesewetter, MdB
Leiter der Delegation

EMPFEHLUNG
des Ausschusses für politische Angelegenheiten, Sicherheit und Menschenrechte
zum Thema:

Wie sieht die Zukunft der Union für den Mittelmeerraum aus? Politischer Dialog und neue Prioritäten

Die Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum

1. ist der Auffassung, dass der Ansatz der UfM bezüglich genehmigter Projekte ein effektives Instrument ist, das auf die Lage in der Region Europa-Mittelmeer aufbaut; hält es für notwendig, neun Jahre nach Gründung der Union für den Mittelmeerraum (UfM) einen Beitrag zu den Überlegungen über die Erfolge und Misserfolge sowie der Zukunftschancen und Grenzen der UfM zu leisten, vor allem vor dem Hintergrund der vorhandenen Konflikte in der Region und der politischen Entwicklungen in der euromediterranen Region seit 2011 als Reaktion auf die legitimen Ansprüche der Völker auf soziale Rechte, Demokratie und Freiheit und der wirtschaftlichen und sozialen Krise, die die Völker der südlichen und nördlichen Mittelmeeranrainerstaaten heimgesucht und gleichzeitig die Asymmetrien zwischen den nördlichen und südlichen Mittelmeeranrainerstaaten vergrößert hat;
2. weist auf den engen Zusammenhang zwischen der Stabilität und Sicherheit des Mittelmeerraums und Europas hin und betont, dass es wichtig ist, folgenden Bemühungen neues Leben einzuhauchen: (1) Förderung von Frieden, Demokratie, Zusammenarbeit und Wohlstand durch Nachdenken über die Erfolge, die die Union für den Mittelmeerraum (UfM) in den neun Jahren seit ihrer Gründung erzielt hat, und (2) Befassung mit den gemeinsamen Herausforderungen für die Region Europa-Mittelmeer, z. B. Migration, Sicherheit, Terrorismus, gewalttätiger Extremismus, Menschenrechte, Beschäftigung von jungen Menschen und Förderung des interkulturellen Dialogs;
3. verurteilt entschieden alle terroristischen Handlungen, die eine gemeinsame Bedrohung für die nördlichen und südlichen Mittelmeeranrainerstaaten darstellen und die entschlossen und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bekämpft werden müssen;
4. ist äußerst besorgt über die allgemeine und fortwährende Instabilität, unter der die Mittelmeerregion nach Jahren alter und neuer Konflikte leidet und die eine effektive Reaktion von Seiten der internationalen Gemeinschaft erfordert; stellt fest, dass eine neue Ära des Friedens und des nachhaltigen Wohlstands ohne eine nachhaltige Lösung dieser Konflikte unerreichbar ist;
5. fordert die UfM und alle Akteure auf, Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, Schaffung von Arbeitsplätzen und technologischen Zusammenarbeit im Mittelmeerbecken zu unterstützen, um die regionale wirtschaftliche und politische Stabilität zu fördern;
6. begrüßt die Verabschiedung des „Fahrplans: UfM, eine aktionsgesteuerte Organisation mit einem gemeinsamen Ziel“ durch die Außenminister der Mitgliedstaaten der UfM am 23. Januar, der ein entschlossenes politisches Bekenntnis für die kommenden Jahre enthält; fordert die PV-UfM auf, in gleichem Geiste zu handeln und eine echte Schlüsselrolle im interparlamentarischen Dialog und bei der regionalen Zusammenarbeit zu spielen; begrüßt nachdrücklich dieses enge Zusammenwirken zwischen der UfM und der PV-UfM und ist der Auffassung, dass ein ständiges und effizientes Sekretariat der PV-UfM erforderlich ist, das mit dem Sekretariat der UfM zusammenarbeitet;
7. unterstützt die Idee des UfM-Fahrplans, den politischen Dialog im Einvernehmen mit hochrangigen Regierungsvertretern über regionale Themen wiederzubeleben, um zur Festlegung einer strategischen, zukunftsorientierten Vision und zur Stabilisierung der Region beizutragen, und zwar (1.) durch eine Einigung auf jährlich stattfindende Treffen der Außenminister und eine stärkere Beteiligung der UfM als institutionelles „Ökosystem“ und (2.) durch eine breiter gefächerte Verknüpfung von Sicherheit und Entwicklung einschließlich des Schwerpunkts auf der menschlichen Entwicklung und Beschäftigung junger Menschen, der - wie der Ausschuss mit Befriedigung feststellt - den Kern des UfM-Regionalforums 2017 bildete;
8. ist der Auffassung, dass das Thema des gewalttätigen Extremismus in der Region Europa-Mittelmeer von heute von entscheidender Bedeutung ist; ist in diesem Zusammenhang der Auffassung, dass die Rolle des gewalttätigen Extremismus im Internet nach wie vor unterschätzt wird und die internationale Gemeinschaft nicht über das notwendige Instrumentarium für den Umgang mit diesem Extremismus verfügt; fordert daher,

- über dieses Thema zu sprechen, und die PV-UfM auf, die Bemühungen des ICCCT in diesem Bereich zu unterstützen; stellt die strategische Bedeutung der Notwendigkeit heraus, Hetzreden, die sehr leicht und überall im Internet zu finden sind, einen Gegendiskurs entgegenzusetzen;
9. nimmt den Vorschlag des Sekretariats zur Kenntnis, die Lenkungsstruktur der UfM zu verbessern und zu diesem Zweck jährlich ein 'UfM-Regionalforum' in Barcelona durchzuführen, das in regelmäßigen Abständen im Konsensverfahren und mindestens einmal jährlich stattfinden soll und das ein Treffen der Außenminister, einen interinstitutionellen Gipfel und ein Forum für Projektförderer und die in der Region aktiven Institutionen als positiven Schritt beinhaltet mit dem Ziel, (1.) der UfM einen politischen Leitfaden entsprechend der aktuellen Entwicklungen an die Hand zu geben, (2.) die Koordinierung unter allen Akteuren zu verbessern und (3.) Fortschritte besser zu bewerten; hält es in diesem Zusammenhang für absolut notwendig, die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft der nördlichen und südlichen Mittelmeeranrainerstaaten in diesem Prozess zu gewährleisten;
 10. weist darauf hin, dass die Migration zu einem dauerhaften Phänomen geworden ist, das eine gemeinsame Reaktion erfordert; begrüßt die Absicht der Europäischen Kommission, neue Finanzinstrumente zur Bekämpfung der Ursachen der Migration aufzustellen; ist der Auffassung, dass die PV-UfM in die Festlegung der wichtigsten politischen Ziele dieser Finanz- und Treuhandfonds einbezogen werden sollte; fordert die Mitgliedstaaten der UfM auf, sich wie zuerst von Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union am 14. September 2016 vorgeschlagen finanziell an diesen Finanzfonds zu beteiligen;
 11. fordert in diesem Zusammenhang nach Absprache mit den hochrangigen Vertretern und nach Vorabinformation an dieser (1.) den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), die Kommission und das Sekretariat der UfM auf, die Aktivitäten der UfM besser mit den von der Europäischen Nachbarschaftspolitik finanzierten Aktivitäten zu koordinieren und dabei insbesondere die UfM effektiv an der Erarbeitung von Beschlüssen und Maßnahmen zu beteiligen, die die euromediterrane Region betreffen, (2.) das Sekretariat der UfM auf, die Teilnahme der Vorsitzenden der zuständigen Ausschüsse der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) an den UfM-Ministertreffen sowie die Abstimmung und Fortführung der Aktivitäten von einer PV-UfM-Präsidentschaft zur nächsten zu gewährleisten, und (3.) die PV-UfM auf, eine bessere Koordinierung zwischen den Aktivitäten der Versammlung und der UfM anzustreben, deren Ko-Vorsitzende systematisch zu den Plenarsitzungen und den Gipfeln der Parlamentspräsidenten der PV-UfM-Mitgliedstaaten unter gebührender Beachtung ihrer jeweiligen Mandate eingeladen werden sollten;
 12. fordert die PV-UfM auf, die Wiederbelebung der regionalen Integration im südlichen Mittelmeerraum und insbesondere der arabischen Maghreb-Union zu fördern; weist darauf hin, dass die regionale Zusammenarbeit ein Instrument des Friedens, gegenseitigen Verständnisses und Wohlstands zwischen Staaten darstellt;
 13. begrüßt die Erweiterung der Aktivitäten des UfM-Sekretariats auf interkulturellen Dialog, Mobilität und Migration; fordert die Mitgliedstaaten der UfM in Bezug auf das Thema Migration nachdrücklich auf, rasch geeignete Formen der Beteiligung der UfM und Beiträge der UfM zum Umgang mit dieser Herausforderung zu finden, und ist überzeugt, dass die euromediterrane Region nur von multilateral erörterten Lösungen und durch Vermeidung von militärischen Interventionen und Krieg in großem Umfang profitieren könnte; bekräftigt in diesem Zusammenhang die Entschlossenheit der PV-UfM, etwas gegen die nicht hinnehmbare Zahl an Todesfälle zu tun, die sich durch die Migrationstragödien im Mittelmeer ereignen, die Notwendigkeit, den internationalen Grundsatz der Nichtzurückweisung zu beachten und sichere und legale Wege für Asylsuchende und Flüchtlinge zu gewährleisten, um den Verstößen gegen das Genfer Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und die Menschenrechte von Migranten ein Ende zu setzen und die Länder angemessen zu unterstützen, die an der Nord- und Südküste des Mittelmeers an vorderster Front Migranten und Flüchtlinge aufnehmen;
 14. begrüßt die Bemühungen um die Unterstützung der Koexistenz der Religionen und des interreligiösen Dialogs, z. B. die Erklärung von Marrakesch vom 30. Januar 2016, die Erklärung von Sousse vom 20. April 2016 und die Erklärung von Kairo vom 13. März 2017; ist der Auffassung, dass diese Bemühungen eine Grundlage für den gemeinsamen Bürgersinn bildet, der das effektivste Bollwerk gegen den gewalttätigen Extremismus ist; verurteilt daher alle Anschläge von terroristischen Gruppen;
 15. unterstützt in vollem Umfang den Vorschlag des UfM-Fahrplans zur Verhütung von Extremismus und Terrorismus, sich den regionalen und internationalen Maßnahmen zur Bekämpfung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen von Terrorismus und Extremismus anzuschließen durch Unterstützung der Entwicklung weiterer umfassender Projekte und Initiativen, wobei der Schwerpunkt auf die

- Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen und die Mitgestaltungsmöglichkeiten von Frauen gelegt werden sollte;
16. unterstützt in vollem Umfang den Vorschlag des UfM-Fahrplans, sich an einschlägigen Migrationsinitiativen in der Region zu beteiligen, um dafür zu sorgen, dass die UfM einen erheblichen und spürbaren Beitrag zu den Aktivitäten für den Umgang mit dieser Herausforderung leistet;
 17. fordert die UfM auf, nach Beauftragung mit der migrationsbezogenen Mission mit der PV-UfM zusammenzuarbeiten, um die internationale Reaktion auf die aktuellen migrationsbezogenen Herausforderungen zu unterstützen, und zwar durch Verhütung der irregulären Migration, Förderung einer effektiven Rückführungs- und Reintegrationspolitik, Verbesserung der nationalen Asylsysteme, Bekämpfung der Ursachen von Migration und Förderung legaler Wege für Migration und Mobilität; das letztendliche Ziel ist, die Mobilität in der Region zu erleichtern, um die wirtschaftliche und menschliche Entwicklung sowie Strukturreformen zu fördern, was im Interesse einer engeren wirtschaftlichen Integration unter den Mittelmeeranrainern liegt, und dabei Migration und weitere, bereits von UfM-Projekten erfasste Kooperationsbereiche miteinander zu verknüpfen, z. B. Beschäftigung, Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, Bildung und Mitgestaltungsmöglichkeiten für junge Menschen und Frauen, und gleichzeitig aktuelle Herausforderungen zu bekämpfen, die im Zusammenhang mit der illegalen Migration und dem Menschenhandel stehen; beharrt auf der Notwendigkeit, sich auf einen grundlegenden sicherheits- und grenzkontrollorientierten Ansatz zu konzentrieren, damit die Zusammenarbeit in diesem Bereich effektiv ist, und dieser muss mit einem aktiven und nicht militärischen Ansatz bei Such- und Rettungsoperationen und einer langfristigen Vision auf der Grundlage der euromediterranen Mobilität als Instrument der legalen Migration und Integration einhergehen, wovon alle Parteien profitieren; in diesem Zusammenhang sollte die Zusammenarbeit im Bereich der Wiederaufnahme und Rückführung von irregulären Migranten einen wesentlichen Bestandteil der Steuerung der Migration und des Umgangs mit den damit zusammenhängenden Mobilitätsfragen bilden;
 18. betont die Notwendigkeit, die politische Zusammenarbeit zwischen den nördlichen und südlichen Mittelmeeranrainern auf allen Ebenen auszubauen zwecks Bekämpfung der illegalen Migration und des Menschenhandels; ist der Auffassung, dass die euromediterrane Mobilität langfristig zu einem Instrument der regionalen Integration und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in den nördlichen und südlichen Mittelmeeranrainern werden könnte, das Arbeitsplätze schafft und das soziale Vorankommen ermöglicht und stabile, nachhaltige Entwicklungschancen eröffnet;
 19. erinnert an die dringende Notwendigkeit, die gesellschaftliche Integration und Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu verbessern, da dies die größten Herausforderungen für die Region und gleichzeitig Instrumente für Stabilisierung, Wohlstand und Sicherheit sind; verweist darüber hinaus darauf, dass die Probleme im Zusammenhang mit der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen in den nördlichen und südlichen Mittelmeeranrainern gemeinsame Lösungen im Rahmen einer effektiven multilateralen Zusammenarbeit wie der UfM erfordern;
 20. begrüßt nachdrücklich den Gipfel der Außenminister vom 23. Januar 2017; ist der Auffassung, dass Treffen dieser Art das gegenseitige Verständnis zwischen den UfM-Mitgliedstaaten bezüglich ihrer gemeinsamen Probleme vertiefen; ist der Auffassung, dass die Außenminister regelmäßig mit der PV-UfM zusammenkommen sollten, um den Gedankenaustausch über die Prioritäten der euromediterranen Abgeordneten voranzubringen;
 21. fordert das Sekretariat auf, die Entwicklung regionaler zivilgesellschaftlicher Plattformen weiterhin zu unterstützen, die die Beteiligung der aktivsten Komponenten der euromediterranen Gesellschaft ermöglichen und so (1) in erheblicher Weise zu den UfM-Initiativen beitragen könnten, insbesondere bei den neuen Schwerpunkten des UfM-Fahrplans wie interkultureller Dialog, Mobilität und Migration und Stärkung der Rechte von Frauen als Teil der Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte, und (2) spezielle Projekte aufzusetzen, die sich direkt zugunsten der Bevölkerung in vorrangigen Bereichen auswirken, beispielsweise inklusives Wachstum, Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen, Mitgestaltungsmöglichkeiten für Frauen und nachhaltige Entwicklung, darunter auch durch die Förderung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien;
 22. fordert die UfM auf, die menschliche Dimension zum Schwerpunkt des Prozesses des Aufbaus einer gemeinsamen euromediterranen Gemeinschaft der Völker zu machen;

23. verweist auf die Schlusserklärung der 12. Plenarsitzung in Tanger am 29. Mai 2016 und berücksichtigt dabei, dass die Herausforderung für die PV-UfM darin liegt, die parlamentarischen Beziehungen zu stärken und den euromediterranen Prozess zu fördern, damit sich dieser in konkreten Projekten manifestiert;
24. erkennt die Bedeutung der zentralen Rolle der UfM bei der Förderung der regionalen Zusammenarbeit und regionalen Integration im Mittelmeerraum an und äußert ihre Zufriedenheit über die von der UfM bei der Förderung der regionalen Agenda und Stärkung des regionalen politischen Dialogs erzielten Fortschritte, die durch die Erleichterung der Umsetzung einer Reihe von Projekten zustande kamen, von denen die Bevölkerung direkt profitiert hat, und durch das Zusammenwirken mit allen Kooperationsakteuren in der Region;
25. fordert die Regierungen auf, ihre politische und finanzielle Unterstützung für die UfM und ihr Generalsekretariat auszubauen mit dem Ziel, ihren Einfluss zu stärken und mehr zur regionalen sozioökonomischen und menschlichen Entwicklung beizutragen;
26. unterstützt in vollem Umfang den Beschluss des Präsidiums der PV-UfM, von parlamentarischer Seite einen Beitrag zum UfM-Ökosystem und zu den Überwachungsmaßnahmen bei den wichtigsten UfM-Projekten zu leisten und zu diesem Zweck für jedes Projekt Ko-Berichterstatter zu ernennen, die aus allen Ausschüssen der PV-UfM stammen, und verpflichtet sich, einen Bericht über die in ihrem Zuständigkeitsbereich fallenden Projekte zu veröffentlichen, nachdem die entsprechende Befragung ihrer Ko-Berichterstatter durchgeführt wurde;¹
27. hebt in diesem Zusammenhang die Bedeutung des von der UfM 2011 beschlossenen Gaza-Entsalzungsanlagenprojekts und die dringende Notwendigkeit der Umsetzung dieses Projekts hervor zwecks Befriedigung des dringenden Wasserbedarfs der Bevölkerung im Gazastreifen; fordert Israel auf, als Mitglied der UfM einen Kontext zu garantieren, der dieser Entsalzungsanlage und den ENP-finanzierten Infrastrukturen zugute kommt;
28. begrüßt den Beginn des Projekts zur Dekontaminierung des Bizerte-Sees in Tunesien und die aktuelle Unterstützung von Seiten der Europäischen Investitionsbank im Umfang von 70 Millionen Euro für die euromediterrane Universität Fez; fordert die Vorlage eines Fortschrittsberichts über diese Projekte beim nächsten Treffen;
29. nimmt mit Befriedigung die Überarbeitung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zur Kenntnis; unterstreicht, dass die regionale Zusammenarbeit in der südlichen Nachbarschaft durch die Union für den Mittelmeerraum Fortschritte erzielt hat und dass die UfM sich als wertvolles Forum für die politische und wirtschaftliche Debatte etabliert hat, die einen Kooperationsrahmen für Themen von gemeinsamem Interesse und operative Projekte in der Region bietet;
30. fordert die Weiterverfolgung von positiven Wechselwirkungen und Synergien zwischen den Aktivitäten der ENP und der UfM und fordert die ENP auf, ihre Unterstützung für die regionalen Kooperationsbemühungen der UfM zu stärken, da diese die Entwicklung einer stärkeren Partnerschaft und Synergien mit anderen Rahmen und Foren wie der arabischen Maghreb-Union, dem 5+5-Dialog, ARLEM und der Arabischen Liga für den Mittelmeerraum fördert, wobei die strategische Verbindung mit den afrikanischen Ländern zu berücksichtigen ist;

fordert die Ko-Präsidenten der UfM, den Europäischen Auswärtigen Dienst, die Kommission, das Sekretariat, das Präsidium, die Ausschüsse und alle Mitglieder der PV-UfM auf, sich mit diesen Vorschlägen zu befassen, und fordert sie nachdrücklich auf, bei einer künftigen Sitzung dieses Ausschusses darauf zu antworten.

Tätigkeitsbericht 2016-2017

Der Ausschuss für politische Angelegenheiten, Sicherheit und Menschenrechte hat bei einem Treffen am 2. März 2017 in Brüssel folgende Punkte erörtert:

Umsetzung der von der Union für den Mittelmeerraum genehmigten Projekte - Fallstudie: die Entsalzungsanlage in Gaza. Meinungsaustausch mit:

- Mazin Gnaim, Leiter der palästinensischen Wasserbehörde.

¹ Die ägyptische Delegation hat zu diesem Punkt einen Vorbehalt geäußert.

- Michael Köhler, Direktor, Generaldirektion Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (NEAR), Europäische Kommission

Die euromediterrane Agenda für den Umgang mit Migration im Mittelmeerraum.

Meinungsaustausch mit:

- Leonello Gabrici, Abteilungsleiter 'Migration und menschliche Sicherheit', EAD.
- Susanne Mallaun, Referatsleiterin Nord-, West- und Zentralafrika, Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (ECHO), Europäische Kommission.
- Annabelle Roig Granjon, EU-Referentin, UNHCR Brüssel

EMPFEHLUNG

des Ausschusses für Wirtschafts- und Finanzfragen, soziale Angelegenheiten und Bildung zum Thema:

Innovation und Hochschulbildung in der euromediterranen Region - Schaffung von Arbeitsplätzen - Politik und gemeinsame Projekte in den Ländern der PV-UfM

Der Ausschuss für Wirtschafts- und Finanzfragen, soziale Angelegenheiten und Bildung der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum,

1. erkennt die Grundsätze und Ziele der euromediterranen Partnerschaft wie im Barcelona-Prozess zum Ausdruck gebracht an, deren Ziel die Förderung von Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung im Mittelmeerraum, die Förderung eines politischen Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Mittelmeeranrainern im Hinblick auf gemeinsame Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ist. Eines der Ziele der Partnerschaft ist darüber hinaus die Förderung der nachhaltigen Entwicklung, Konfliktverhütung und -lösung, Schaffung eines gemeinsamen Raumes des Friedens und der Stabilität, beispielsweise durch die Schaffung einer Freihandelszone und Entwicklung der interregionalen Zusammenarbeit;
2. ist besorgt über die Flüchtlingssituation im Mittelmeerraum im Laufe des vergangenen Jahres; nach dem jüngsten Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) ist der Mittelmeerraum die Region der Welt, die die meisten Flüchtlinge hervorbringt (allein 4,9 Millionen in Syrien) - was sich aufgrund der durch Krieg und Verfolgung verursachten fortwährenden Instabilität in der Flucht und Vertreibung von Millionen von Menschen in beispiellos hoher Zahl manifestiert und wodurch die euromediterrane Region zum Schauplatz einer verzweifelten menschlichen Tragödie wird;
3. ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten dringend ihre politische Unterstützung für alle Maßnahmen verstärken müssen, deren Ziel die Förderung von Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung in der Region ist zwecks Verbesserung der Sicherheit und Lebensqualität ihrer Bewohner;
4. fordert die europäischen Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum auf, sich nach Kräften um die Ausweitung der humanitären Hilfe in den von Kriegskonflikte in der Mittelmeerregion betroffenen Ländern zu bemühen und die Länder bei der Organisation der Aufnahme von Flüchtlingen verstärkt zu unterstützen, die unmittelbar an Kriegszonen grenzen. Er fordert die europäischen Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum auf, sich nach Kräften zu bemühen, die Aufnahme von Flüchtlingen auf ihrem Boden zu begrüßen und effektiv zu organisieren, und fordert die Aufnahmeländer auf, schnellstmöglich eine Unterbringung zur Verfügung zu stellen, die Würde und Privatsphäre zu gewährleisten und die gesellschaftliche Integration zu erhöhen. Er fordert die südlichen Mittelmeeranrainernstaaten nachdrücklich auf, Schlepper und Schmuggler zu bekämpfen und dazu ihre Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der europäischen Agentur Frontex zu stärken;
5. fordert die Staaten, die Flüchtlinge aufgenommen haben, darunter die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, auf, Pläne für die Integration von Flüchtlingen zu erarbeiten, darunter insbesondere Sprachunterricht,

- Unterricht in Staatsbürgerkunde (wie der Aufnahmestaat institutionell funktioniert, der Status von Frauen, der Grundsatz der Gleichbehandlung usw.) und berufliche Ausbildung;
6. betont die entscheidende Rolle von nichtstaatlichen oder internationalen Organisationen wie dem Roten Kreuz, dem Roten Halbmond, Caritas usw. in Bezug auf die Flüchtlinge in den Aufnahmeländern sowie den Herkunfts- und Transitländern;
 7. erkennt unter Berücksichtigung der hohen Arbeitslosigkeit in der euromediterranen Region, insbesondere unter gefährdeten Gruppen wie jungen Menschen, Frauen, Flüchtlingen und Migranten, die grundlegende Bedeutung von Initiativen im Bereich der Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildung und Ausbildung auf Seiten der Mitgliedstaaten und der wichtigsten internationalen Akteure an;
 - 7.1. hebt die Bedeutung der wirtschaftlichen Integration von KMU als Motoren des Wirtschaftswachstums in der Mittelmeerregion durch Erleichterung ihrer Internationalisierungsbemühungen hervor; unterstützt die Vernetzung von Unternehmen durch die Schaffung multilateraler Handelskammern und bekräftigt, dass wirtschaftliche Chancen und menschliche Entwicklung weitgehend von der Sicherheit im Mittelmeerraum abhängen, insbesondere im Landwirtschafts-, Tourismus- und Dienstleistungssektor;
 - 7.2. fordert die UfM und die Mitgliedstaaten auf, bestimmte Bereiche festzulegen, auf denen der Schwerpunkt der politischen und kooperativen Maßnahmen liegen sollte, und Wachstumsprojekte für die euromediterrane Region und zur effektiven Schaffung von Arbeitsplätzen umzusetzen;
 - 7.3. hebt die zentrale Rolle der Landwirtschaft für das wirtschaftliche und soziale Wachstum der euromediterranen Region hervor; fordert in diesem Zusammenhang das Sekretariat und die Mitgliedstaaten auf, Projekte zu entwickeln und auf den Weg zu bringen, die sich mit dem Austausch von bewährten Verfahren, Anbautechniken und dem Unternehmertum für die Entwicklung ländlicher Regionen befassen;
 8. begrüßt die Ergebnisse der dritten Ministerkonferenz über Beschäftigung und Arbeit der UfM, die am 26. und 27. September 2016 in Jordanien stattfand, und insbesondere die Festlegung der politischen Richtung zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Arbeitssituation, Förderung des gesellschaftlichen Dialogs und Förderung der Zusammenarbeit der UfM im Bereich Beschäftigung und Arbeit;
 9. lobt die UfM für ihre „Med4Jobs“-Initiative, die zur Schaffung von Arbeitsplatzmöglichkeiten beiträgt und inklusives Wachstum fördert, indem sie die Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen und Frauen erhöht, die Lücke zwischen Arbeitskräftebedarf und -nachfrage schließt und eine Kultur des Unternehmertums und die Entwicklung des privatwirtschaftlichen Sektors fördert. Der Ausschuss wurde über die Ziele, den Umfang und den aktuellen Stand der Med4Jobs-Initiative detailliert unterrichtet und fordert das UfM-Sekretariat auf, sich weiterhin aktiv in die Verbesserung der Beschäftigungssituation in der Region einzubringen und dabei Projekte entsprechend der Prioritäten in den Bereichen Beschäftigung, Beschäftigungseignung und anständige Arbeit zu fördern und die Sichtbarkeit und Eigenverantwortung und den Zugang zu Finanzierungen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Akteuren zu verbessern. In diesem Zusammenhang fordert er die Mitgliedstaaten der UfM, die Europäische Kommission und andere relevante Institutionen auf, die weitere Finanzierung zur Umsetzung, Verstärkung oder Neuauflage dieser Projekte zu prüfen;
 - 9.1. fordert das Sekretariat der UfM nachdrücklich auf, landwirtschaftliche Projekte und Projekte zur Entwicklung des ländlichen Raums zu integrieren;
 10. begrüßt den Beschluss des Sekretariats der UfM für die Herstellung der Verbindung zwischen dem Ausschuss und der Med4Jobs-Initiative, indem es dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschafts- und Finanzfragen, Soziales und Bildung den Status eines ständigen Mitglieds im Beirat von Med4Jobs gewährt hat. Diese Beteiligung wird den Ausschuss in die Lage versetzen, eine aktive Rolle zu spielen und zur Entwicklung dieser Initiative beizutragen;
 11. erkennt die Notwendigkeit, eine klare Antwort auf die Bestrebungen der Migrantengemeinschaften zu geben, insbesondere der Flüchtlinge, die gezwungen sind, aufgrund politischer und militärischer Konflikte ihre Heimatländer zu verlassen. In diesem Zusammenhang fordert er die UfM auf, Initiativen wie die „Global Platform for Syrian Students“ zu fördern, deren Präsentation bei einer Ausschusssitzung die Notwendigkeit verdeutlicht hat, eine koordinierte Antwort auf die Probleme zu finden, die sich Flüchtlingen stellen, wenn sie in Drittländern wissenschaftlich tätig werden oder eine Beschäftigung aufnehmen wollen. Es ist von entscheidender Bedeutung, eine neue Generation von Führungspersönlichkeiten zu schaffen: Wenn ein Mensch gebildet ist, wird dieser Mensch eine Gemeinschaft schaffen, und diese Gemeinschaft wird ein Land schaffen;

12. begrüßt die Ministerkonferenz für die Stärkung der euromediterranen Zusammenarbeit mithilfe von Forschung und Innovation, die am 3. und 4. Mai 2017 in Malta stattfand und deren Schwerpunkt auf Forschung und Innovation als Mittel zur Stärkung der Zusammenarbeit in der euromediterranen Region lag. Schlüsselinitiativen wie die Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) und die Initiative für Forschung und Entwicklung für „Blaue Jobs“ [d.h. Arbeitsplätze im maritimen Bereich] und Wachstum im Mittelmeerraum (BLUEMED) wurden ebenso erörtert wie die Rolle von Forschung und Innovation im Hinblick auf die Analyse und Bekämpfung der Ursachen von Migration;
13. begrüßt nachdrücklich den Beginn der ersten Kurse der euromediterranen Universität in Fez (UEMF), der einen Meilenstein für die Förderung der euromediterranen Kultur darstellt. Die Gründung der UEMF ist in der gemeinsamen Verantwortung aller Mitgliedstaaten der UfM erfolgt. Diese sollten sich noch aktiver in den Ausbau des Projekts einbringen - entweder durch Direktfinanzierungen oder durch Beiträge zu den pädagogischen Teams oder den Studierenden, vor allem durch die Gewährung von Stipendien. Der Ausschuss fordert die UEMF auf, Partnerschaften mit vorhandenen universitären Netzwerken zu konsolidieren, insbesondere mit der Euromediterranen Universität, aber auch mit Netzwerken wie UNICA, UNIMED und Tethys, um Synergien zu nutzen und die Mobilität von Studierenden in der Region zu fördern;
- 13.1. fordert die UfM nachdrücklich auf, die Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung auszubauen und berufliche Ausbildungsgänge in strategischen Sektoren wie Landwirtschaft, Handwerk, Tourismus, Dienstleistungen usw. anzubieten, die sich an den größten Teil der Bevölkerung richten;
14. stellt die Bedeutung des Austauschs und der Mobilität von Studierenden und Lehrkräften mit unterschiedlicher Staatsangehörigkeit an der UEMF (Euromediterrane Universität Fez) und weiteren Institutionen heraus, durch die eine Verbundenheit innerhalb der euromediterranen Region. Die Mobilität der Peers erfordert Fremdsprachenkenntnisse, die Internationalisierung wissenschaftlicher Fachrichtungen und die Integration der unterschiedlichen Lehrpläne. In diesem Zusammenhang müssen die Mitgliedstaaten Initiativen unterstützen, mit denen Brücken zwischen den Lehrplänen in verschiedenen Ländern und Universitäten gebaut und Studienpläne flexibler gestaltet werden sollen, um Mobilität zu ermöglichen. Er fordert darüber hinaus Anreize und die Umsetzung von Mobilitätspfaden und den Austausch bewährter Verfahren unter kleinen und mittleren Unternehmen;
15. lobt das UfM-Sekretariat für die Wahl des Themas „Jugend für Stabilität und Entwicklung“ und unterstützt nachdrücklich die Idee, den Schwerpunkt auf jugendbezogene Projekte zu legen, vor allem in den Bereichen Bildung, berufliche Ausbildung, Beschäftigungseignung, Arbeitsplatzvermittlung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Förderung von Unternehmen.

Tätigkeitsbericht 2016-2017

In den Jahren 2016-2017 hat der Ausschuss für Wirtschafts- und Finanzfragen, Soziales und Bildung einen Plan entworfen, der eine Analyse der Schaffung von Arbeitsplätzen und Innovationen und Hochschulbildung vorschlägt zwecks Erfüllung zweier Hauptziele: Vertiefung des Wissens zwischen den Mitgliedstaaten der PV-UfM und Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der Mitgliedstaaten der PV-UfM.

In diesem Zusammenhang haben die Ausschussmitglieder am 6. März 2017 die euromediterrane Universität Fez besucht und an drei Treffen teilgenommen: Das erste Treffen fand am 27. März 2017 in Coimbra statt, das zweite am 21. April 2017 in Barcelona und das dritte am 12. Mai 2017 in Rom. Die folgenden Punkte wurden erörtert:

- Die „Global Platform for Syrian Students“ wurde von der Generalsekretärin der Global Platform for Syrian Students, Helena Barroco, und dem stellvertretenden Dekan der Universität Coimbra, Joaquim Ramos de Carvalho, erörtert.
- Die euromediterrane Universität Fez (UEMF), ein Projekt der Union für den Mittelmeerraum (UfM), wurde vom diplomatischen Berater der UfM, Mário Gomes, und dem Dekan der UEMF, Mostapha Bousmina, erörtert.
- Die mediterrane Beschäftigungsinitiative (Med4Jobs) wurde vom hochrangigen Finanz- und Handelsberater von Med4Jobs, Sherif Younis, und dem leitenden Entwicklungsbeauftragten der im Rahmen von Med4Jobs entwickelten Initiative „Generation Entrepreneur“, Nickolas Neibauer, erörtert.

- Empfehlungen zum Thema „Innovation und Hochschulbildung in der euromediterranen Region“
- Empfehlungen zum Thema „Schaffung von Arbeitsplätzen - Politik und gemeinsame Projekte in den Ländern der PV-UfM“

EMPFEHLUNG

des Ausschuss für die Verbesserung der Lebensqualität, den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften und Kultur

zum Thema:

Die Bekämpfung des Radikalismus und Förderung des interreligiösen Dialogs und der wirtschaftlichen Entwicklung als Instrumente eines neuen euromediterranen Pakts

Der Ausschuss für die Verbesserung der Lebensqualität, den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften und Kultur

1. äußert seine tiefe Sorge über die fortwährende Instabilität des Mittelmeerraums, der von alten und neuen Konflikten erschüttert wird, die eine effektive und koordinierte Reaktion von Seiten der internationalen Gemeinschaft erfordert, um den Frieden und die sozioökonomische Entwicklung in der Region wiederherzustellen; er ist überzeugt, dass die Union effektiv zu Lösungen für die Krise der Region beitragen kann, da sie die einzige Plattform ist, die den Dialog und die Kommunikationslinien unter den Parteien aufrechterhält;
2. hebt hervor, dass Stabilisierungsprozesse, die zum Frieden führen, Resultat eines kulturellen und bildungsbezogenen Prozesses sind, der in der Kindheit einsetzt und die Grundlage für eine Gesellschaft schafft, die auf Respekt, Toleranz und gegenseitiger Achtung beruht. Er ist der Auffassung, dass Kultur und Bildung von wesentlicher Bedeutung für die Bekämpfung von Radikalisierung sind und erkennt die Rolle der Prävention bei der Bekämpfung von Islamismus und Islamfeindlichkeit an; ist überzeugt, dass das Gefühl der Einheit, des sozialen Zusammenhalts, des kollektiven Wachstums und der gemeinsamen Werte in der inhärenten Vielfalt Begriffe sind, die von Anfang an in den Menschen verwurzelt sein müssen; ein Wachstumspfad für die jungen Menschen von heute ermöglicht den künftigen Aufbau integrierter Gesellschaften, die in der Lage sind, Kriegen und Konflikten ein Ende zu setzen;
3. stellt fest, dass die fortwährenden Konflikte zum Exodus von Millionen von Menschen sowie zu einer humanitären Krise geführt und eine Notlage geschaffen haben, von der insbesondere die angrenzenden Staaten betroffen sind, die bereits von dem Migrantenzustrom aus früheren Konflikten belastet sind und mit einer Lage am Rande des Zusammenbruchs umgehen müssen, ohne auf angemessene wirtschaftliche oder logistische Unterstützung zählen zu können. Der Ausschuss fordert die internationale Gemeinschaft auf, mehr Ressourcen und konzertierte Strategien zugunsten von Flüchtlingen zu mobilisieren und die Länder zu unterstützen, die Migranten aufnehmen;
4. hebt hervor, dass weitere Ursachen zur massenhaften Vertreibung von Menschen und Migration beitragen, darunter Armut, Arbeitslosigkeit (insbesondere Jugendarbeitslosigkeit), Korruption, soziale Ausgrenzung und Ungleichheit sowie Klimawandel; ist der Auffassung, dass die Regierungen und die internationale Gemeinschaft insgesamt den Schwerpunkt auf die Bekämpfung dieser Ursachen legen müssen;
5. gewinnen und eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit der Menschen und die Stabilität der Länder darstellen; fordert nachdrücklich den Austausch bewährter Verfahren und die Verabschiedung gemeinsamer Präventions- und Bekämpfungsstrategien durch die Festlegung einer umfassenden Strategie, die die Ursachen bekämpft und auf der verstärkten Zusammenarbeit der nördlichen und südlichen Mittelmeeranrainerstaaten beruht;
6. betont die Notwendigkeit der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses über die Auswirkungen und den Einfluss des Terrorismus auf die Bevölkerungen und der guten Staatsführung in der Mittelmeerregion; hebt die Notwendigkeit hervor, kontraproduktive Effekte der Terrorbekämpfungspolitik auf den politischen Raum der Zivilgesellschaft zu vermeiden; erinnert daran, dass die Achtung der Menschenrechte für alle und der Rechtsstaatlichkeit die wesentliche Grundlage für die Bekämpfung des Extremismus bilden;

7. der Ausschuss fordert, sich schwerpunktmäßig mit Gefängnissen zu befassen, die zum Nährboden für Radikalisierung und Rekrutierung geworden sind, und betont die Bedeutung der Durchführung von geistlicher Bildung und Anleitung in Gefängnissen und Aufnahmezentren für Asylsuchende, sodass offizielle religiöse Institutionen bei der Verhütung von Radikalisierung und Feststellung von Gefährdungssituationen zusammenarbeiten könnten;
8. fordert nachdrücklich die Förderung von Ausbildungsmaßnahmen und Bildungsveranstaltungen in Gefängnissen, damit die Insassen das kritische Denken entwickeln können, das sie in die Lage versetzt, Radikalisierungsversuche zu erkennen, und ihnen die notwendigen Fertigkeiten für die aktive Eingliederung in die Gesellschaft vermittelt, insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, und die Nutzung bewährter Verfahren im Hinblick auf Partnerschaften zwischen Gefängnissen und der Gemeinschaft ermöglicht. Auch mit Jugendlichen sollte man sich schwerpunktmäßig befassen, da sie auch zu den gefährdeten Bevölkerungsgruppen gehören und leichter Opfer von Radikalisierung werden können. Aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Instabilität von heute steigt die Wahrscheinlichkeit, dass junge Bürger rekrutiert werden; daher ist es notwendig, öffentliche Investitionen in eine qualitativ hochwertige Bildung und Ausbildung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen zu tätigen;
9. verurteilt nachdrücklich die Angriffe auf religiöse Minderheiten und die Verfolgung von religiösen Minderheiten und hält es für unbedingt notwendig, die Maßnahmen zum Schutz der Freiheit der Religion, der religiösen Vielfalt und des interreligiösen Dialogs zu stärken;
10. verurteilt entschieden jeglichen Versuch, den Islam - eine Religion des Friedens - in Zusammenhang mit Gewalttaten zu bringen. Der Ausschuss hebt darüber hinaus das Problem der zunehmenden Islamfeindlichkeit hervor, die durch das Internet und die Medien häufig verstärkt wird, und warnt vor den gefährlichen Folgen vorurteilsbehafteter und stereotyper Haltungen gegenüber der Einwanderung und der islamischen Welt; hebt die Bedeutung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs als wirkmächtiges Instrument zur Bekämpfung von Intoleranz und Extremismus hervor; erinnert an die Notwendigkeit, die Vermittlung von Unterrichtsinhalten über die Geschichte der Religionen zu entwickeln und dabei auf der friedensorientierten Dimension der Religionen zu bestehen und gleichzeitig das Bewusstsein der Lehrkräfte zu schärfen und die Unterrichtsinhalte in diesem Bereich auszuweiten. Er fordert die lokalen Behörden auf, Initiativen auf kommunaler Ebene zur Förderung des interreligiösen Dialogs und von Foren zur Förderung des Zusammenhalts bei der Bekämpfung von Islamfeindlichkeit zu entwickeln und dabei die Bildung als prioritäres Instrument zur Förderung des interreligiösen Dialogs in den Vordergrund zu stellen;
11. ist der Auffassung, dass Armut, politische Instabilität, die langwierige Krise, Unterdrückung, Marginalisierung, fehlende Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten sowie fehlende Zukunftsperspektiven und Diskriminierung die Radikalisierung begünstigt haben, und fordert die wichtigsten internationalen Akteure auf, sich unmittelbar für die Stabilisierung des Mittelmeerraums einzusetzen, die Volkswirtschaften, die demokratischen Prozesse und die Institutionen der Länder zu unterstützen, die die größten Probleme haben, sowie das sozioökonomische Potenzial aller Länder der Region zu nutzen, um eine stärkere politische und wirtschaftliche Integration der südlichen Mittelmeeranrainerstaaten einerseits und zwischen den nördlichen und südlichen Mittelmeeranrainerstaaten andererseits zu erreichen und um die aktuellen Krisen zu lösen und den gemeinsamen langfristigen Interessen Rechnung zu tragen;
12. unterstreicht, dass Radikalismus nicht nur durch Kontrolle, Gesetzesvollzug und Nachrichtendienste bekämpft werden kann, sondern es auch notwendig ist, in Bildung und Ausbildung zu investieren, eine Kultur des Dialogs, die Achtung der Vielfalt und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Menschen aller Länder und Religionen zu fördern, insbesondere im Hinblick auf junge Menschen, die außergewöhnliche Resultate in Bezug auf ihre berufliche Karriere und als Vermittler der Werte einer multiethnischen, multikulturellen und toleranten Gesellschaft erzielen können, wenn sie hinreichend motiviert und angemessen geleitet werden, vor allem durch alle Arten von Bildung. Er erinnert daran, dass die beiden Aspekte der Bekämpfung von Radikalisierung - Prävention und Repression - voneinander unterscheidbar bleiben müssen;
13. weist darauf hin, dass die Bekämpfung von Islamfeindlichkeit auch die Förderung der Religions- und Meinungsfreiheit durch die Behörden der Länder der Mittelmeerregion beinhaltet; erinnert darüber hinaus daran, dass Hetzreden, Islamfeindlichkeit und Diskriminierung zur Ausgrenzung beitragen und die religiöse Radikalisierung junger Menschen weiter verstärken können. In diesem Zusammenhang weist er besonders auf die Ausbildung für Imame und Prediger („Mourchidates“) am Institut Mohammed VII und die Kooperationsvereinbarungen zwischen Frankreich und Marokko in diesem Bereich hin;

14. ist im Zusammenhang mit der Befassung mit der „Jugendfrage“ der Mittelmeerregion der Auffassung, dass es deshalb von entscheidender Bedeutung ist, kurzfristig eine Zukunftsperspektive aus der Region zu bieten, auch durch die Einbeziehung von jungen Menschen in politische Maßnahmen, die auf ihre Bedürfnisse abzielen, und durch die Förderung des Unternehmertums unter jungen Menschen mithilfe einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Da zwischen heute und dem Jahr 2030 etwa 30 Millionen weitere junge Menschen auf den Arbeitsmarkt kommen, ist es entscheidend, effektive Strategien für Ausbildung und Berufsausbildung zu entwickeln und dabei die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen und Austauschprogramme auszuweiten - insbesondere die Programme „Erasmus+“ und „Erasmus Mundus“ - und die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Unternehmen des euromediterranen Raums zu stärken, um jungen Menschen Möglichkeiten für Praktika und Jobs zu bieten. Ziel muss es sein, eine neue Generation hervorzubringen, die offen für Dialog und Engagement ist, damit wir eine „euromediterrane Identität 2030“ aufbauen können;
15. bekräftigt deshalb seine vollumfängliche Unterstützung und Anerkennung für die vom Sekretariat der Union für den Mittelmeerraum aufgesetzten Projekte unter besonderer Bezugnahme auf Bildungsprogramme für einen verantwortungsvollen Bürgersinn, Programme, die sekundäre, tertiäre und Postgraduierten-Bildungsabschlüsse bieten, und Programme zur Förderung der Achtung der Menschenrechte und Bildung und Beschäftigung von Frauen und jungen Menschen; fordert das verstärkte Engagement der Zivilgesellschaft bei der Debatte über die regionalen Herausforderungen und möglichen Lösungen in allen Aspekten der Verhütung und Bekämpfung von Extremismus und terroristischer Bedrohung. Zusammengenommen können diese Initiativen ein Beispiel für bewährte Verfahren geben, die als konkrete Reaktion auf die Bedürfnisse der Region angenommen werden können.

EMPFEHLUNG

des Ausschusses für die Rechte der Frauen in den Ländern des Mittelmeerraumes

zum Thema:

Die Partizipation von Frauen in Führungspositionen und bei Entscheidungen: Herausforderungen und Chancen

Ausschussvorsitzende: Leila CHETTAOUI (Tunesien).

Der Ausschuss für die Rechte der Frau in den Mittelmeeranrainerstaaten

1. betont die Existenz erheblicher Unterschiede zwischen Recht und Praxis im Bereich der Partizipation von Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen und fordert den Schutz der zivilen und politischen Rechte und die Unterstützung bei der Verwirklichung einer ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen auf allen Ebenen und die gleichzeitige Gewährleistung eines transparenten und leistungsorientierten Ansatzes im politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozess einschließlich der Förderung von Frauen in leitenden Positionen mit politischer Verantwortung, Wirtschaftspolitik und wirtschaftlichen Programmen, Arbeitsplätzen, Unternehmen, Wissenschaft sowie im gesellschaftlichen Leben allgemein;
2. fordert Maßnahmen wie Wahlrechtsreformen, um die Vertretung von Frauen zu begünstigen, geschlechtsspezifische Antidiskriminierungsbestimmungen in Verfassungen und Wahlgesetzen mit den notwendigen Ausnahmeregelungen, die Maßnahmen zur positiven Diskriminierung für das unterrepräsentierte Geschlecht und eine geschlechterdifferenzierte staatsbürgerliche Erziehung sowie die Beseitigung von geschlechtsspezifischen Stereotypen und „tief verwurzelten“ Vorurteilen gegenüber weiblichen Kandidaten, insbesondere innerhalb der politischen Parteien, aber auch in den Medien, ermöglichen;
3. äußert die Notwendigkeit von Maßnahmen und politischem Engagement, um den Schwerpunkt auf die Rolle der Frauenpolitik und Reformen zu setzen. Um gleiche Bildungs-, Arbeits- und politische Vertretungsmöglichkeiten sowie religiöse Toleranz vor dem Hintergrund einer problematischen demographischen Entwicklung zu gewährleisten, müssen alle UfM-Länder diesbezüglich nachhaltige Reformen umsetzen;

4. hofft, dass dieses Ziel den Schwerpunkt des bevorstehenden UfM-Ministertreffens zur Stärkung der Rolle der Frau in der Gesellschaft bildet, und fordert die UfM auf, politische Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen und vielfältige Strategien zur Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe an politischen Entscheidungen und Führungspositionen auf allen Ebenen zu erarbeiten. Die PV-UfM sollte darüber hinaus die Projekte des UfM-Sekretariats im Bereich der Gleichstellung von Männern und Frauen und der Selbstbestimmung von Frauen politisch unterstützen und die Wirkung dieser Projekte durch geeignete Mittel und Gleichstellungsindikatoren bewerten sowie quantifizierte Ziele, klare Aktionspläne und regelmäßige Überwachungsmechanismen gewährleisten. Die Parlamentarier könnten im Hinblick auf die Mobilisierung der Akteure vor Ort, die sich in die Umsetzung dieser Projekte einbringen sollen, eine Schlüsselrolle spielen;
5. fordert die UfM auf, ein Projekt in Erwägung zu ziehen, mit dem ein euromediterraner Fahrplan für die Gleichstellung von Männern und Frauen erarbeitet werden soll und der die Ziele der Förderung der Gleichstellung, Erhöhung des Frauenanteils in nationalen und regionalen Parlamenten sowie kommunalen Institutionen und in Exekutivorganen beinhaltet; ist der Auffassung, dass dem Ausschuss für die Rechte der Frau in den euromediterranen Ländern jährlich ein Bericht über die Grundlage dieses Fahrplans vorgelegt werden sollte;
6. begrüßt die Einführung einer Quotenregelung in manchen UfM-Staaten und erinnert daran, dass dies ein Mittel und kein Ziel ist und es nach wie vor in den südlichen und nördlichen Mittelmeeranrainerstaaten eine notwendige grundlegende Maßnahme ist, einen Mindestanteil von Frauen in Parlamenten zu gewährleisten. Er erinnert daran, dass es sich bei der „Quoten“-Regelung um eine vorübergehende Maßnahme handelt, die konsolidiert und von weiteren positiven Maßnahmen, z. B. dem so genannten „Reißverschlussverfahren“, begleitet werden muss, hebt jedoch hervor, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen eines echten politischen Willens und politischer Verantwortung bedarf, um den Anteil von Frauen in Regierungs- und Entscheidungsorganen sowie im wirtschaftlichen Entscheidungsprozess zu erhöhen, und unterstreicht die Bedeutung von geschlechtsspezifischen Bildungsprogrammen, die in der frühen Kindheit beginnen und anerkennen, dass Frauenrechte Menschenrechte sind und die Gleichstellung von entscheidender Bedeutung im politischen Leben ist;
7. ermahnt die nationalen Parlamente und politischen Parteien der UfM-Mitgliedstaaten, als ersten notwendigen Schritt in Richtung Chancengleichheit und ausgewogenerer Vertretung die kritische Schwelle eines Frauenanteils von einem Drittel in politischen Vertretungen zu erreichen; hält es für notwendig, sich für die Schaffung einer gemeinsamen mediterranen Charta unter Einbeziehung der nationalen Parlamente einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen, und fordert die politischen Parteien auf, ihre internen Bestimmungen zu überarbeiten, um Frauen die Übernahme von Führungspositionen in ihren Strukturen zu ermöglichen; fordert die Regierungen und Parlamente der UfM-Staaten auf, Maßnahmen zur Förderung der ausgewogenen Vertretung von Frauen auf allen Ebenen des politischen Lebens in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, in Regierungen und nationalen Parlamenten sowie auf regionaler und kommunaler Ebene und in Kommunalbehörden zu treffen und die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren auf internationaler Ebene wie UN Women und der Interparlamentarischen Union auszubauen, um diese Ziele zu fördern;
8. befasst sich schwerpunktmäßig mit der Rolle von Frauen bei der friedlichen Lösung von Konflikten, bei der Friedenskonsolidierung und bei konfliktbezogenen Notlagen, beispielsweise die Gewährung humanitärer Hilfe für Vertriebene, und stellt heraus, dass Frauen in Friedensverhandlungen, Wiederaufbaumaßnahmen und politische Reformen in vollem Umfang einbezogen werden sollten;
9. hält es für notwendig, die Beteiligung von Frauen an Entscheidungen in Konflikt- und Post-Konflikt-Situationen zu stärken und den Zugang von Frauen zu politischen Führungspositionen in Post-Konflikt-Situationen zu gewährleisten, da all dies von entscheidender Bedeutung für die Stabilität ist, und fordert die Mitgliedstaaten der UfM nachdrücklich auf, die Resolutionen 1325 und 2242 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit umzusetzen;
10. empfiehlt die Schaffung eines prioritären Kanals für die Bedürfnisse von weiblichen Flüchtlingen für die Umsetzung nachhaltiger Maßnahmen und Gewährleistung der medizinischen Versorgung und zwecks Vermeidung und Verhütung der Art von Gewalt, die sie während ihrer Reise in Flüchtlingslager und Aufnahmezentren ausgesetzt sind;
11. berücksichtigt die Empfehlungen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die alle Formen von Ausbeutung verurteilen, und beharrt darauf, dass der Menschenhandel in engem Zusammenhang mit

- Konflikten steht und deshalb eine Bedrohung für die globale Sicherheit darstellt; fordert die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und des Protokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels;
12. empfiehlt, alle Formen von Einschränkungen gegenüber Parlamentarierinnen aufzuheben, d.h. vor allem ihre strafrechtliche Verfolgung und Verhaftung, und ihnen die Durchführung ihrer politischen Aktivitäten zu ermöglichen;
 13. betont die Notwendigkeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mithilfe von Maßnahmen wie einer gemeinsamen Elternzeit für beide Elternteile und der Gewährleistung sozialer Dienstleistungen für Kinder und die Betreuung von alten Menschen; unterstreicht die Bedeutung der Fortführung und Intensivierung des Einsatzes für politische Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung des weiblichen Unternehmertums im Rahmen von menschenwürdiger Arbeit und die Beseitigung aller Hindernisse und gesellschaftlichen Vorurteile im Hinblick auf die Gründung und Führung eines Unternehmens, z. B. die Verbesserung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen, Darlehen, Risikokapital und Märkten unter gleichen Bedingungen und die Förderung des Zugangs zu Informationen, Bildungsangeboten und Netzwerken für wirtschaftliche Zwecke;
 14. empfiehlt, Beiträge zur Gesundheitswirtschaft besser anzuerkennen, mehr Investitionen in die soziale Infrastruktur, z. B. Einrichtungen und Dienstleistungen für die Betreuung von Kindern sowie alten und behinderten Menschen, zu fördern und die Nutzung neuer Technologien zu prüfen, um neue Fertigkeiten und professionelle Rollen zu schaffen. Er hebt her vor, dass es notwendig ist, Integrations- und Arbeitsplatzbeschaffungsprogrammen für Migranten und Flüchtlinge besser an die Bedürfnisse von Frauen anzupassen;
 15. hebt die Notwendigkeit hervor, die Verbreitung von kulturellen Programmen - in Schulen und in anderen bildungsspezifischen Kontexten - zu fördern, mit denen die Jungen und Mädchen über die geschlechtliche Vielfalt informiert und die Inklusion von Frauen mit geringer Bildung gewährleistet werden sollen. Es sollten konkrete Maßnahmen zwecks Förderung der Teilhabe von Frauen und Mädchen an wissenschaftlichen und akademischen Aktivitäten geplant werden, die frühzeitig, d.h. schon in der Schulzeit, beginnen. Die Teilhabe von Frauen und Mädchen in den Bereichen Wissenschaft und Forschung sollte überwacht und evaluiert werden;
 16. erkennt an, dass die Gesundheit entscheidend für sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fortschritt ist und weist darauf hin, dass die Notwendigkeit besteht, die Finanzierung, Rechenschaftspflicht und Koordinierung unter Regierungen, Agenturen und internationalen Institutionen für die Gesundheit von Frauen zu stärken. Er empfiehlt die systematische Erfassung von Daten auf der Grundlage von Geschlecht und Alter, damit Informationen über Frauen gesammelt und in geeigneter Weise genutzt werden können;
 17. der Ausschuss stellt den großen Bedarf an spontaner weiblicher Solidarität heraus: Frauen in Führungspositionen sollten als Vorbild fungieren und sich für diese Sache einsetzen, damit die Frauen ihre wertvolle Rolle deutlich machen können und das Vertrauen der Gesellschaft in ihre Fähigkeiten gestärkt wird. Männliche Führungspersönlichkeiten sollten sich diesem Prozess anschließen und ihn unterstützen.

Tätigkeitsbericht 2016-2017

Im Zeitraum 2016-2017 führte der Ausschuss für die Rechte der Frau der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum zwei Sitzungen durch: Die erste Sitzung fand am 10. Oktober 2016 in Barcelona und die zweite Sitzung am 3. April 2017 in Rom statt. Folgende Punkte wurden dabei erörtert:

Gedankenaustausch zum Thema „Die Partizipation von Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen: Herausforderungen und Chancen“.

Debatte über die ständigen Themen „Die Bedingungen für Frauen in bewaffneten Konflikten“ und „Frauen und Migration: die Herausforderung des Menschenhandels“.

Das Recht von Frauen auf Gesundheit: Das UfM-Projekt „The WoRTH“ zur Reduzierung des Auftretens bösartiger Erkrankungen und der Mortalität von Frauen in Albanien, Montenegro und Marokko.

EMPFEHLUNG
des Ausschusses für Energie, Umwelt und Wasser

zu den Themen:

Wasser, Energie und Infrastruktur: Die Auswirkungen von Flüchtlingen auf die Aufnahmeländern
und
Verschmutzung im Mittelmeerraum

Der Ausschuss für Energie, Umwelt und Wasser der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum erwägt:

1. Aufgrund der schon jetzt prekären Wasserwiederauffüll- und Aufbereitungsmöglichkeiten steht das Mittelmeer unter massivem ökologischem Druck aus vom Menschen verursachten Quellen, durch die kurzfristig sein Ökosystem kippen könnte, was irreparable Folgen für die Volkswirtschaften und die Sicherheit und Stabilität aller Küstenstaaten haben würde. Dieser Druck ist aus einer Reihe von Ursachen entstanden, von denen die folgenden besonders erwähnenswert sind:
 - a) der Transport von Schadstoffen und gefährlichen Materialien auf dem Meer, deren routinemäßige Einleitung von Schadstoffen nicht nur die ernsthafte Bedrohung durch potenzielle Havarien birgt, sondern auch die Lage verschärft, da das Mittelmeer die weltweit größte Menge an Kohlenwasserstoffen hat;
 - b) Süßwasserläufe münden ins Meer, die mit chemischen (einschließlich medizinischen und antibiotischen) und bakteriellen Rückständen verunreinigt sind, die aus städtischen, industriellen, landwirtschaftlichen und tierischen Abfällen stammen;
 - c) behandelte und häufig unbehandelte Schadstoffe aus großen städtischen Gebieten und Industriegebieten;
 - d) die Verklappung von biologisch nicht abbaubarem Material im Meer, vor allem von Kunststoff, der einen Anteil von 75 % an der Gesamtmenge der Abfälle im Meer hat (Schätzungen zufolge befinden sich 250 Milliarden Kunststofffragmente im gesamten Mittelmeer);
2. Er nimmt darüber hinaus zur Kenntnis, dass Gewässerverschmutzung und Wasserknappheit im gesamten Mittelmeerraum auftreten;
3. ist der Auffassung, dass Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien zur Schaffung einer sauberen Umwelt beitragen;
4. stellt fest, dass eine große Zahl an Flüchtlingen in den Aufnahmeländern Druck auf Infrastruktureinrichtungen wie Energie, Wasser, Bildung und Gesundheitsdienstleistungen ausübt;
5. stellt heraus, dass die Projekte berücksichtigt werden müssen, die den Flüchtlingen in den Aufnahmeländern zugutekommen, beispielsweise Wasser und erneuerbare Energien;
6. ist der Auffassung, dass es sich bei Energie und Umwelt um zwei eng miteinander verknüpfte Themen in der globalen Agenda - und damit der UfM - handelt, die gleichzeitig große Lösungsmöglichkeiten für nachhaltiges Wachstum und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Region bieten. Der Zusammenhang zwischen diesen Themen sollte sowohl im Hinblick auf die Verbesserung der bereits unternommenen Schritte und bei der Prüfung künftiger umweltfreundlicher Infrastrukturprojekte und Infrastrukturmaßnahmen weiter herausgestellt werden;
7. stellt fest, dass die Protokolle für die Umsetzung des Übereinkommen zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung (Übereinkommen von Barcelona), das als Teil des Aktionsplans für das Mittelmeer im Jahr 1976 von 22 Küstenstaaten angenommen und 1995 geändert und in „Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt und der Küstenregionen des Mittelmeeres“ umbenannt wurde, bisher nicht von allen Parlamenten der Unterzeichnerstaaten in vollem Umfang ratifiziert wurden. Darüber hinaus wird festgestellt, dass das Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt und der Küstenregionen des Mittelmeeres seit 2004 nach Ratifizierung durch die ersten sechs Unterzeichnerstaaten de facto als für alle Regierungen wirksam und verbindlich anzusehen ist;

das Übereinkommen und dessen Umsetzungsprotokolle Bestimmungen für die Verabschiedung abgestimmter Überwachungsmaßnahmen seitens der Unterzeichnerstaaten vorsehen, um Umweltnotfälle im Mittelmeer zu vermeiden und zu lösen;

das Übereinkommen die Einrichtung und den Abschluss internationaler geschützter Meeresgebiete beinhaltet, für die in der Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung nach 2015 das Ziel gesetzt wurde, den Gesamtumfang der geschützten Meeres- und Küstengebiete weltweit bis 2020 um mindestens zehn Prozent zu erweitern.

In Anerkennung obiger Punkte

1. fordert der Ausschuss die Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit und Unterstützung eines umfassenden Aktionsplans zur Reduzierung der Folgen der Aufnahme von Flüchtlingen für die Infrastruktur auf;
2. fordert der Ausschuss die Regierungen auf, vordringlich Projekte zur Lösung von Problemen bei der Wasserversorgung und Förderung von Investitionen im Bereich der Wasserwirtschaft auf den Weg zu bringen, darunter Wasserentsalzungsprojekte unter Nutzung von erneuerbaren Energien in den Aufnahmeländern, und den Bau von Wasserentsalzungsanlagen und Wasserverteilnetzen in den Mittelmeeranrainerstaaten zu fördern und vor Wasserverlusten zu schützen;
3. schlägt ein Konzept für Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor für Finanzierungen und Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Wasserentsalzung vor unter Wahrung ihres Charakters als öffentliches Gut von allgemeinem Interesse;
4. fordert die Institutionen der Union für den Mittelmeerraum auf, die notwendige Unterstützung für Flüchtlinge in den Mittelmeerländern bereitzustellen und sich an der gemeinsamen Übernahme der zusätzlichen Lasten, die von den Aufnahmeländern geschultert werden, zu beteiligen. Der Ausschuss fordert die Regierungen sowie die kommunalen und nationalen Institutionen auf, mit den Aufnahmeländern der Flüchtlinge zusammenzuarbeiten und in diesem Zusammenhang politische, technische und finanzielle Unterstützung zu leisten;
5. fordert die Mittelmeeranrainerstaaten auf, eine Strategie und einen Koordinierungsplan auf nationaler und regionaler Ebene zu erarbeiten, um die Ziele der Mittelmeerregion zu erreichen, darunter bezüglich des Klimawandels, und Möglichkeiten für unterschiedliche Technologien zur Erzeugung von erneuerbarer Energie aus Wind in den betreffenden Ländern zu schaffen;
6. unterstützt die Förderung der Zusammenarbeit mit den weiteren Ausschüssen, z. B. in Bezug auf die gemeinsame Initiative (Positionspapier über „Tourismus im Mittelmeerraum“) mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Bildung, um für mehr Synergien zu sorgen und eine ergebnisorientierte Agenda zu integrieren.
7. empfiehlt im Rahmen der Ergebnisse der UfM-Ministerkonferenz über Wasser am 27. April 2017 die Überprüfung der Verpflichtung zur Einhaltung der nationalen und regionalen Wasserpolitikrahmen und Erweiterung der wissenschaftlichen Studien für den Schutz des Wassers und der Meeresumwelt zwecks Verbesserung und Schutz der Einkommens- und Lebensgrundlagen in der Region. Zu diesem Zweck fordert er, das PRIMA-Programm zu unterstützen und den Dialog mit den Akteuren zu entwickeln, vor allem - soweit möglich - über die Ausschussmitglieder der an dem Programm beteiligten Staaten.

Der Ausschuss empfiehlt darüber hinaus,

8. Maßnahmen zur Bekämpfung der Zunahme der Meeresabfälle und insbesondere der Kunststoffabfälle mithilfe von politischen Handlungen zu treffen, die auf die Reduzierung der Abfälle und Förderung der Nutzung biologisch abbaubarer Materialien abzielen; darüber hinaus sollten Anreize zur Beseitigung der bereits vorhandenen Meeresabfälle gegeben sowie die Nutzung von Meeresabfällen zur Verstärkung von Dünensystemen, das Aufspüren von Meeresabfällen zwecks Feststellung ihrer Herkunft und Verfolgung der globalen Teilung der Reinigungskosten und die Einbeziehung der Beseitigung von Meeresabfällen als Kompensationsmaßnahme für Land zu fördern, das von Infrastrukturarbeiten, z. B. Gaspipelines, betroffen ist, die Aufklärung der Öffentlichkeit über die durch Meeresabfälle verursachten Schäden und die Verbreitung bewährter Verfahren zu fördern, z. B. die Nutzung von aus Naturfasern hergestellter Kleidungsstücke, die beim Waschen keine Mikroplastikstoffe freisetzen, die in das Meer gelangen, die Reduzierung von Einweggegenständen, z. B. Plastiktüten, und die Feststellung, an welchen Orten sich Meeresabfälle an den Küsten und am Meeresgrund sammeln, und das Vorsorgeprinzip als allgemeingültige Regel anzuwenden, das die Voraussetzung dafür schafft, auf bestimmte Maßnahmen zu verzichten, solange

- keine konkreten Erkenntnisse über die Folgen potenziell gefährlicher Maßnahmen auf die Unversehrtheit der Umwelt vorliegen;
9. ein gemeinsames und verbindliches Umweltverträglichkeitsprüfungsmodell für die Ausgabe von Konzessionen für Aufschluss, Gewinnung und Nutzung von Offshore-Kohlenwasserstoffen und im Windenergiesektor zu erarbeiten, um den Schutz der Meeresumwelt insgesamt zu gewährleisten und insbesondere den Bau von Windkraftanlagen in der Nähe geschützter Meeres- und Küstengebiete zu vermeiden und so den Grundsätzen der Haftung, Rechenschaftspflicht und Bereitstellung von Garantien und Ausgleichszahlungen für Umweltschäden Rechnung zu tragen, die durch die Nutzung dieser Konzessionen verursacht werden;
 10. dafür zu sorgen, dass alle Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens von Barcelona sowie von dessen Änderungen und Umsetzungsprotokollen diese Instrumente unverzüglich ratifizieren und damit ihre Verpflichtungen erfüllen;
 11. mithilfe der UfM einen „Mittelmeerkodex“ zu erarbeiten, der von allen Ländern im erweiterten Mittelmeerbecken angenommen wird, um die Meeresressourcen im Interesse der Mittelmeerrainer und ihrer künftigen Generationen zu schützen und nachhaltig zu nutzen;
 12. die im Rahmen der früheren Aktionspläne erzielten Erfolge weiterzuverfolgen, z. B.:

Med Pan

Horizon 2020

Let's Do It Mediterranean!

Eco Towns.